

SCHWYZER FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!

Petra Steimen-Rickenbacher und Damian Meier.



Viel Rückhalt für die FDP

Erfolgreiche Wiederwahl der beiden Regierungsräte

Bei den Regierungsratswahlen vom 3. März wurden die beiden freisinnigen Kandidierenden Petra Steimen-Rickenbacher und Damian Meier glanzvoll wieder in die Schwyzer Exekutive gewählt. Beide erfuhren weit über die Parteigrenzen hinweg grosse Unterstützung. Steimen und Meier freuen sich darauf, gemeinsam für die liberalen Werte einzustehen und den Kanton Schwyz als Wohn- und Arbeitsort aktiv zu prägen.

Seite 4 und 5

Inhalt

- 3–7 Schwyzer Freisinn
- 8–10 Gesundheitsinitiativen
- 11 Kommunalwahlen im Tessin
- 12 Kommunikationsblog
- 13 Ausblick Sommersession
- 14/15 FDP Frauen
- 16/17 FDP Basis
- 18/19 FDP Urban
- 20 KMU-Sicht
- 21 Solothurner Initiative 1:85
- 22 NZZ-Interview Thierry Burkart
- 23 Kolumne Johanna Gapany



Gesundheitsreformen unter der Lupe

Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Freisinnige

Wir stehen mitten im Abstimmungskampf zu zwei «Gesundheitsinitiativen», die diesen Namen gar nicht verdienen. Beide Initiativen nehmen zwar echte Sorgen der Bevölkerung auf. Sie liefern aber keine Lösung, weder für ein besseres Gesundheitssystem noch gegen steigende Kosten. Die Prämientlastungsinitiative der SP führt zu einem Finanzierungsbedarf von bis zu 11,7 Mrd. Franken. Steuererhöhungen wären unumgänglich und KMU und Mittelstand würden einmal mehr zur Kasse gebeten. Die Kostenbremse-Initiative der Mitte führt zur Zweiklassenmedizin, weil Leistungen im Gesundheitswesen rationiert werden müssen. Anstatt einer Kostenersparnis drohen wegen des möglichen Verzichts auf moderne Behandlungsmethoden und Medikamente sogar Folgekosten.

Über 1200 Franken Mehrkosten pro Haushalt!

Derzeit diskutiert die Schweiz die Finanzierung der vom Volk beschlossenen 13. AHV-Rente. Klar ist, dass die angenommene Initiative per 2026 umgesetzt werden muss. Bei der Suche der benötigten 5 Milliarden muss ein seriöser Sparprozess im Bundeshaushalt im Vordergrund stehen, erst danach soll die Diskussion über weitere Massnahmen starten. Sollte nun aber die Prämientlastungsinitiative angenommen werden, steht schon heute fest, dass wir nicht um bedeutende Steuererhöhungen herumkommen. Allein für die Mehrwertsteuer droht für einen durchschnittlichen Haushalt eine Zusatzbelastung von bis zu 1200 Franken pro Jahr! Darüber hinaus muss mit Erhöhungen der Kantonssteuern gerechnet werden.

Kostenbremse entpuppt sich als Gesundheitsbremse

Die «Kostenbremse» bremst die Gesundheitsver-

sorgung aus. Wer sich keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann, muss bei Krankheit warten. Denn der starre Sparzwang zwingt Ärzte und Spitäler, Leistungen zu rationieren. Wer wenig Geld hat, wartet am längsten. Die «Kostenbremse» führt zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin.

Gegenvorschläge wirken gezielter und rascher

Das Parlament hat als Alternative zu beiden extremen Initiativen vernünftige Gegenvorschläge beschlossen, die bei Ablehnung der Initiativen zum Zug kommen. Einerseits werden die Kantone dazu verpflichtet, einen Mindestbeitrag zur Finanzierung der Prämienverbilligung zu leisten. Das führt zu einer Entlastung von rund 360 Mio. Franken pro Jahr und respektiert den Föderalismus. Andererseits werden klare Kostenziele in der obligatorischen Krankenversicherung eingeführt. Dadurch wird das Kostenwachstum auf ein effizientes Mass beschränkt.

Gesundheit ist das höchste Gut

Es gilt, die gefährlichen Risiken und Nebenwirkungen dieser zwei süffig daherkommenden Initiativen genau zu betrachten. Der Leistungsabbau wie auch die absehbaren Mehrwertsteuererhöhungen auf über 10% wird die Schwächsten und den Mittelstand besonders betreffen. Darum empfehle ich Ihnen 2x Nein zur Kostenbremse- und Prämien-Initiative.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Petra Steimen-Rickenbacher ist seit 2012 im Regierungsrat, von 2020 bis 2022 war sie Landammann.



Eine prosperierende Zukunft gestalten

Petra Steimen-Rickenbacher über ihre Pläne für den Kanton Schwyz

Im März wurde Regierungsrätin Petra Steimen-Rickenbacher mit einem Glanzresultat in ihrem Amt bestätigt. Ihre Freude über das Wahlergebnis ist gross. Besonders erfreut ist die Wollerauerin darüber, dass sie in allen drei Höfner Gemeinden von allen Kandidierenden das beste Resultat erzielte.

Seit mehr als einem Jahr leitet Petra Steimen-Rickenbacher das Volkswirtschaftsdepartement. Sie sei in ihrem Herzensdepartement angekommen, sagt sie. «Die Wirtschaft, das Gewerbe, der Tourismus und die Raumplanung sind Themen, die mich faszinieren und für unseren Kanton und unsere Gesellschaft eine enorme Wichtigkeit besitzen.» In diesen Bereichen könne sie gestalten und Entwicklungen vorantreiben. Zuvor war Steimen zehn Jahre lang Vorsteherin des Departements des Inneren gewesen.

Grosse Vision

Für die nächste Legislatur setzt die Höfnerin den Fokus auf die Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen 2035», die vom Regierungsrat als strategisch-politisches Führungsinstrument genehmigt wurde. Mithilfe dieser Strategie soll Schwyz ein führender Wirtschaftskanton und einer der attraktivsten Wohnstandorte der Schweiz sein.

Einen starken Einfluss auf Steimens Arbeit als Re-

gierungsrätin haben aktuelle politische Themen auf nationaler Ebene. «Gerade im Bereich Landwirtschaft und Migration hat der Kanton in erster Linie Vollzugsaufgaben», erklärt die Magistratin. «Deshalb ist es wichtig, auf die nationale Politik Einfluss zu nehmen, sei das in Kontakt mit den anderen Kantonen, der Bundesverwaltung, den Bundesräten oder nationalen Politikern. Hier hilft es, Erfahrung und ein gutes Netzwerk zu haben.»

Gastkanton an der Olma

Ein grosses Anliegen ist Steimen, dass der Kanton Schwyz sich auch ausserhalb präsentiert, damit er auf seine Vorzüge aufmerksam machen kann. Aus diesem Grund hatte sie im vergangenen Jahr das Präsidium des Gastkantons am Zürcher Sechseläuten inne und sorgt dafür, dass sich Schwyz 2026 im Nachbarkanton St. Gallen an der Olma erneut als Gastkanton präsentieren wird.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

«Schwyz soll ein führender Wirtschaftskanton und einer der attraktivsten Wohnstandorte der Schweiz sein.»

Seit Januar 2023 ist Damian Meier Vorsteher des Departements des Innern.



Es warten diverse Herausforderungen

Damian Meier schätzt das Privileg des Mitgestaltens und Weichenstellens

Damian Meier ist eines der jüngsten Mitglieder im Schwyzer Regierungsrat und konnte bei den Wahlen im vergangenen März prompt die meisten Stimmen auf sich vereinen. Entsprechend gross ist seine Freude über das Top-Resultat, das zeigt, wie viel Rückhalt die FDP in der Bevölkerung genießt.

Als Damian Meier vor rund eineinhalb Jahren das Departement des Inneren übernahm, musste sich der ehemalige Schwyzer Polizeikommandant in völlig neue Themenfelder einarbeiten. Eine Herausforderung, die er gern annahm. Mittlerweile hat er sich gut eingelebt und die Arbeit als Regierungsrat bereitet ihm grosse Freude. Auch im Regierungsgremium sei er sehr gut aufgenommen worden. Meier: «Wir funktionieren als Team bestens.» Dabei streicht er die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit seiner Regierungsratskollegin Petra Steimen-Rickenbacher besonders heraus.

Gesundheit und Soziales

«Wir befassen uns in meinem Departement thematisch mit dem gesamten Lebensfächer des Menschen, quasi von der Wiege bis zur Bahre», erklärt Meier. Es sei ein Privileg, die Zukunft aktiv mitzuprägen und den Kanton voranzubringen. «Ich kann mir keine schönere Tätigkeit vorstellen.»

Im Zentrum der kommenden Legislatur steht die Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrich-

tungen. «Mit dieser «Auslegeordnung» möchten wir den Kanton insbesondere für die Themenbereiche Alter, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung fit für die Zukunft machen», so der Schwyzer. Neben diesem Grossprojekt wird ihn auch die Spitalplanung 2024/2025 stark beschäftigen, um ein weiteres von vielen Themen aus Meiers Projektportfolio zu erwähnen.

Bern diktiert den Kurs

Die kantonale Gesundheitspolitik hängt stark von den Entscheiden aus Bundesbern ab. Meier räumt ein, dass die immer neuen Vorgaben und bürokratischen Hürden, die vor allem den Mitarbeitenden an der Front aufgebürdet würden, teils belastend seien. «Wo immer möglich versuche ich hier bewusst, Gegensteuer zu geben.» Bei der Sozialpolitik hingegen ist Schwyz dem Einfluss von Bern weniger stark ausgesetzt. Laut Meier besteht hier mehr Handlungsspielraum.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

«Mit der Totalrevision des Gesetzes über soziale Einrichtungen möchten wir den Kanton fit für die Zukunft machen.»

Nationalrat Heinz Theiler sammelt fleissig Unterschriften.



Nationalrat Heinz Theiler lanciert Petition

Für eine sichere Schweiz!

Die geopolitische Sicherheitslage in Europa verschlechtert sich zusehends: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine fordert die europäischen Staaten zum Handeln auf – auch die Schweiz.

Für die Schweiz heisst das konkret, dass nach 30 Jahren Sparmassnahmen wieder in die Verteidigungsfähigkeit der Armee investiert werden muss, und zwar massiv. «Um den Verfassungsauftrag zu erfüllen, hat die Armee im letzten August ein Konzept zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit erarbeitet. Und zwar hochdetailliert und mit einem Preisschild versehen», sagt Nationalrat Heinz Theiler, der für die FDP in der Sicherheitspolitischen Kommission SIK-N des Nationalrats sitzt.

Verfassungsauftrag

Um diese Verpflichtungen zu erfüllen, spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle: «Wir müssen das Armeebudget so schnell wie möglich auf 1% des Bruttoinlandproduktes anheben, um rechtzeitig bestellen und parat sein zu können», erklärt Theiler. Dieses Anliegen ist im Parlament im letzten Dezember einerseits am Zaudern der Mitte-Nationalräte und andererseits am Fehlen zweier Befürworter gescheitert. «Die Situation war offenbar nicht allen Nationalrätinnen und Nationalräten klar, wie sich danach in mehreren persönlichen Gesprächen herausstellte», ergänzt Theiler.

Initiative käme zu spät

Aus diesem Grund hat Heinz Theiler selber die Initiative ergriffen und eine Petition lanciert. «Im Parlament haben die beiden SVP-Politiker Salzmann und Addor entsprechende Vorstösse eingereicht. Mit meiner überparteilichen Petition möchte ich die Bevölkerung zu diesem Thema sensibilisieren – deshalb sammle ich Unterschriften für die Stärkung der Armee 2030. Diese reichen wir im Oktober vor der Budgetdebatte ein, um den Druck auf Parlament und Bundesrat zu erhöhen», erklärt Theiler. Eine Initiative zu lancieren, hätte nichts gebracht: «Eine Abstimmung käme viel zu spät. Wir müssen das parlamentarisch lösen.» Den Zuspruch aus der Bevölkerung hat er: «Ich bin sehr positiv überrascht, wie viele Menschen kompromisslos hinter der Armee stehen!»

Unterstützen Sie unsere Armee und unterzeichnen Sie die Petition hier elektronisch:
www.armee2030.ch

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Kolumne

Für eine starke, liberale und moderne Schweiz



Geschätzte liberale Leserinnen und Leser, es freut mich sehr, Ihnen die erste Kolumne der Jungfreisinnigen Schwyz vorzulegen. Als Jungpartei der FDP stellen wir die direkte Verknüpfung zur jüngeren Bevölkerung in unserem Kanton dar und beschäftigen uns vor allem mit den Themen, die nachfolgende Generationen besonders stark beeinflussen. Wir orientieren uns stets nach den Idealen des Liberalismus und des Freisinns, denn sie bilden die Eckpfeiler unserer politischen Philosophie. Für uns ist eines klar: Wir brauchen in Zukunft mehr Leute, die diese Auffassungen vertreten, und möchten besonders unter den Jugendlichen für mehr Engagement kämpfen.

Dass nicht nur wir, sondern auch jede andere Jungpartei in der Schweiz mit dem Problem der niedrigen politischen Partizipation der jungen Erwachsenen zu kämpfen hat, ist keine Neuigkeit. Trotzdem sehen wir darin ein grosses Problem. Denn wie sich bereits bei der Abstimmung um die 13. AHV-Rente gezeigt hat, wird dieser Entscheid – und mit ihm möglicherweise noch weitere – unserer Generation künftig zu schaffen machen. Immer mehr werden unsere wirtschaftlichen, aber auch persönlichen Freiheiten durch links-grüne Parteien reguliert und unser gemeinsamer Fortschritt als Gesellschaft durch konservatives Gedankengut gebremst. Um dies zu verhindern, braucht es eine starke und aktive FDP, die durch die Jungfreisinnigen unterstützt wird.

Diese Kolumne dient als Aufruf an alle Jugendlichen in unserem Kanton, die sich für eine starke, liberale, moderne und schöne Schweiz einsetzen wollen. Und an die Eltern, Grosse Eltern, Tanten und Onkel, Göttis und Gotten. Wir würden uns freuen, wenn sie ihre jungen Familienmitglieder für die liberale Sache begeistern. Mehr Infos unter: www.jfsz.ch.

Florian Hauser,
Kolumnist Jungfreisinnige Schwyz

Katja Aldi (links) und Anna Marty sprechen sich dafür aus, dass alle politischen Lager an einem Strang ziehen sollten.



«Gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen»

Interview zum Tag der Frauenbewegung

Mitte Juni geht in Schwyz die zweite Ausgabe von FEMtastisch über die Bühne. Die FDP Frauen Kanton Schwyz sind an vorderster Front mit dabei. Präsidentin Anna Marty und OK-Präsidentin Katja Aldi betonen die Bedeutung der bürgerlichen Kräfte in der Schweizer Gleichstellungsbewegung.

Am 14. Juni findet in Schwyz auf der Hofmatt ein weiteres Mal der Anlass FEMtastisch statt. Weshalb ist es wichtig, dass auch die bürgerliche Stimme im OK vertreten ist?

Katja Aldi: Auch als bürgerliche Frau ist mir die Gleichstellung der Geschlechter sehr wichtig. Es ist wahr, dass der Feminismus oft von der Linken vereinnahmt wurde. Doch ich glaube fest daran, dass wir eine echte und nachhaltige Veränderung nur gemeinsam erreichen werden. Diese Anstrengung sollte nicht auf eine Partei oder politische Ausrichtung beschränkt sein, sondern alle Parteien einbeziehen. Wir müssen zusammenarbeiten, unabhängig von unserer politischen Ausrichtung, und uns auf das gemeinsame Ziel konzentrieren, eine gerechtere und gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen.

Das OK verbindet den 14. Juni im Kanton Schwyz bewusst nicht mit Streik, Demonstration und lauten Forderungen, wie dies andersorts der Fall ist. Welche Botschaft soll der breiteren Öffentlichkeit stattdessen vermittelt werden?

Katja Aldi: Wir sind uns sehr bewusst, dass die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter im Kanton Schwyz noch nicht erreicht ist. Wir sind jedoch überzeugt, dass wir unser Ziel nicht durch Forderungen und Jammern erreichen werden – wir möchten Brücken bauen. Deshalb feiern wir in erster Linie die Frauen in all ihren Rollen – als Erwerbstätige, Politikerinnen, Mütter, Hausfrauen, Töchter oder ehrenamtlich Tätige – die den Kanton Schwyz zu dem machen, was er ist.

Was erwartet die Besucherinnen und Besucher dieses Jahr konkret auf der Hofmatt?

Katja Aldi: FEMtastisch ist ein Sommerfest mit Kunst, Kultur und Kulinarik. Herzstück des Anlasses ist ein Markt, auf dem Frauen ihre Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Musik, Kunst, Literatur, Theater oder Design präsentieren. Auf der Bühne präsentieren andere Frauen währenddessen musikalische, poetische und künstlerische Darbietungen. Und für den Hunger und den Durst gibt es Angebote aus diversen Frauenküchen. Der Event richtet sich an die ganze Bevölkerung, Menschen jeden Alters sind willkommen.

Die Frauenbewegung im Kanton Schwyz ist sehr heterogen. Welche Rolle kommt den FDP Frauen Schwyz innerhalb dieser Bewegung zu?

Anna Marty: Wir setzen uns für eine moderne, gleichberechtigte Gesellschaft ein, in der Frauen selbstbestimmt ihre Ziele verfolgen können. Unsere Rolle innerhalb der vielfältigen Frauenbewegung ist klar: Wir sind die Stimme der liberalen Frauen, die für Freiheit und individuelle Entfaltung eintreten.

Welche politischen Prioritäten stehen auf der Agenda der FDP Frauen Schwyz?

Anna Marty: Unsere Prioritäten sind klar auf die Zukunft gerichtet. In meiner Rolle als Präsidentin nehme ich an verschiedenen Veranstaltungen teil, um zu netzwerken und junge Frauen anzusprechen. Wir gestalten ein spannendes Jahresprogramm, das darauf abzielt, junge liberale Frauen einzubeziehen und zu ermutigen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Dazu bieten wir die Möglichkeit, politische Arbeit kennen zu lernen, Verantwortung zu übernehmen und eigene Ideen einzubringen.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Mehr Infos unter [femtastisch.ch](https://www.femtastisch.ch)

Nico Lalli (links) und Kantonsrat Thomas Grieder wurden neu in die Geschäftsleitung gewählt.



Die Ortsparteien stärken

DV und GV vom 22. April in Unteriberg

Die Delegierten der FDP Kanton Schwyz fassten die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni. Die drei Volksinitiativen lehnen die Liberalen klar und deutlich ab. Ja sagen sie hingegen zum Energie- und Stromversorgungsgesetz. Thematisiert wurden am Anlass auch die vergangenen Wahlen.

Kantonalpräsident Urs Rhyner, Schindellegi, blickte an der Delegierten- und Generalversammlung vom Montagabend in Unteriberg auf die kantonalen und kommunalen Wahlen zurück und gratulierte allen Neu- und Wiedergewählten. «Die FDP konnte hervorragende Ergebnisse im Regierungsrat, aber auch auf Stufe Bezirke und Gemeinden vorweisen», resümierte er. «Diverse FDP-Persönlichkeiten wurden glanzvoll in ihrem Amt bestätigt oder neu gewählt.»

Sitzverlust als Weckruf verstehen

Im Kantonsrat muss die FDP auf Beginn der kommenden Legislatur einen Sitz abgeben. Der Blick auf die anderen Kantone und auf das nationale Parlament zeige ähnliche Tendenzen, so Rhyner. Die FDP müsse sichtbare Anstrengungen unternehmen, wenn sie eine Volkspartei mit zwei Bundesräten bleiben wolle.

Rhyner nahm in seiner Rede denn auch die bevorstehenden Wahlen 2027 und 2028 ins Visier: «Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Ortsparteien, denn sie bilden unsere Basis und halten den direkten Draht zu unseren Mitgliedern und

Wählern.» Ziel der FDP ist es, gewisse Ortsparteien wieder aufzubauen und zu stärken, sodass bei den nächsten Wahlen in mindestens den grössten Schwyzer Gemeinden ausreichend Kandidierende zur Verfügung stehen.

Dreimal Nein, einmal Ja

Ständerätin Petra Gössi, Küsnacht, stellte die Prämien-Entlastungs-Initiative und die Kostenbremse-Initiative vor. Über eine weitere Volksinitiative, «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», referierte Kantonsrat Thomas Grieder, Wollerau. Die Schwyzer FDP-Delegierten lehnen alle drei Volksinitiativen klar ab. Anders verhielt es sich mit dem Energie- und Stromversorgungsgesetz, das von Nationalrat Heinz Theiler, Goldau, präsentiert wurde. Nach einigen Diskussionen fassten die FDP-Delegierten schliesslich die Ja-Parole.

Neue Geschäftsstellenleiterin

Im Anschluss an die Delegiertenversammlung fand die ordentliche Generalversammlung statt. Nebst der Genehmigung von Jahresrechnung 2023 und Budget 2024 wurden unter anderem auch die

Mitglieder der Geschäftsleitung gewählt. Heinz Theiler hat als Nationalrat von Amtes wegen darin Einsitz. Zudem wurde das Gremium mit der Wahl von Nico Lalli, Brunnen, und Kantonsrat Thomas Grieder, Wollerau, personell aufgestockt. Gewählt wurden auch die eidgenössischen Delegierten und Ersatzdelegierten. Besonders willkommen geheissen wurde Irene Schuler aus Lachen. Sie ist seit Anfang Jahr neue Geschäftsstellenleiterin.

Gastgeber des Abends war Gregor Fuchs, Inhaber und Geschäftsführer der Fuchs Zimmerei AG in Unteriberg.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

AGENDA

Samstag, 9. Juni 2024

Abstimmungssonntag

Samstag, 22. Juni 2024

Eidg. Delegiertenversammlung, Möriken-Wildegg

Donnerstag, 4. Juli 2024

Kantonale Delegiertenversammlung

Donnerstag, 5. September 2024

Umwelt- und Wirtschaftsforum Schwyz

Samstag, 21. September 2024

Herbstanlass

Sonntag, 22. September 2024

Abstimmungssonntag

Samstag, 19. Oktober 2024

Eidg. Delegiertenversammlung, Tessin

Donnerstag, 24. Oktober 2024

Kantonale Delegiertenversammlung

Sonntag, 24. November 2024

Abstimmungssonntag

Bitte beachten Sie: Allfällige Terminanpassungen werden auf unserer Website unter www.fdp-sz.ch/aktuell/agenda aufgeführt. Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aktuelles entnehmen Sie der Website: www.fdp-sz.ch.

Nein zur Kostenbremse-Initiative

Kampagnenbild des Komitees «2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen».



Mir geht es wie Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Wenn die Prämien steigen, ärgert mich das. Eine wachsende Zahl Menschen bringen die ständigen Prämienhöhungen zunehmend unter finanziellen Druck.

Im Juni stimmen wir nun über ein vermeintliches Wundermittel gegen steigende Gesundheitskosten ab: die sogenannte Kostenbremse-Initiative. Der Name klingt verlockend, doch die Forderung hat es in sich: Die Initiative will nichts anderes als die Verankerung eines Kostendeckels in unserem Gesundheitswesen. Von diesem rigiden Vorschlag rate ich dringend ab. Weshalb?

Wenn die Kosten in einem Jahr – aus welchen Gründen auch immer – zu stark steigen, wären Bundesrat, Kantone und Parlament per Verfassung gezwungen, Notmassnahmen zu ergreifen. Um die Kosten innert kürzester Zeit zu senken, stünden im Wesentlichen zwei Instrumente zur Verfügung.

Mittelschicht bleibt auf der Strecke

Erstens die Rationierung von Leistungen. Ab November wäre Schluss mit Behandlungen (Notfälle ausgenommen) und es käme zu Wartezeiten, wie sie zum Beispiel in England heute schon traurige Realität sind. Die Kranken müssten warten. Die Wohlhabenden könnten sich wohl noch durchwursteln. Spätestens die Mittelschicht bliebe aber auf der Strecke. Die Folge: Zwei-Klassen-Medizin. Das ist der Schweiz nicht würdig und kein gangbarer Weg.

Pflegepersonal unter Druck

Als zweite Möglichkeit könnte die Politik Notmassnahmen innerhalb des Systems ergreifen. Staatlich verordnete Lohnkürzungen beim Pflegepersonal oder noch längere Schichten wären in der kurzen Frist ein naheliegendes Szenario. Für solche Übungen biete ich keine Hand.

Gegenvorschlag bietet massgeschneiderten Lösungen

Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle. Das Parlament hat deshalb viele Stunden investiert, um Sparpotenziale zu identifizieren und Fehlanreize abzubauen. Herausgekommen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative mit massgeschneiderten Lösungen. Augenmass und Realitätssinn, das ist der Schweizer Weg. Und nicht ein starres Konstrukt auf dem Buckel der Kranken, Bedürftigen und Pflegenden. Deshalb: Nein zur Kostenbremse-Initiative der Mittepartei.

«Die Gesundheitskosten müssen bezahlbar sein, keine Frage. Es ist aber auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass unser gutes und geschätztes Gesundheitssystem erhalten bleibt – und zwar für alle.»



Damian Müller, Ständerat LU und Präsident der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

Symbolbild: Adobe Stock



Gigantische Kostenbombe für den Mittelstand

Nein zur Prämien-Initiative

Die Prämien-Initiative trifft den Nerv der Zeit: Endlich tiefere Prämien. Was verlockend klingt, ist aber brandgefährlich. Der Kostenpunkt der Initiative beläuft sich bereits 2030 auf 11,7 Milliarden Franken pro Jahr. Tendenz steigend! Das ist mehr als doppelt so viel, wie die 13. AHV-Rente kostet. Den Initianten scheint jede finanzpolitische Verantwortung abhandengekommen zu sein.

Mehrkosten in dieser Grössenordnung können nicht durch Sparmassnahmen finanziert werden – dies sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft. Für die Mehrkosten, die beim Bund anfallen, müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,3 Prozentpunk-

te erhöht werden. Das Preisschild für den Mittelstand? Zusätzliche 1200 Franken pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt.

Föderalismus in Gefahr

Auch der Föderalismus ist durch die Prämien-Initiative gefährdet. Heute sind primär die Kantone für die Gesundheitsversorgung und das Verteilen von Prämienverbilligungen zuständig. Mit der Initiative würde das System der Prämienverbilligungen von oben herab gleichgeschaltet und der Föderalismus aus dem Gesundheitswesen verdrängt werden. Die Initiative ebnet so den Weg für ein staatliches Gesundheitssystem.

Reformen anstatt Symptombekämpfung

Weil die Prämien für gewisse Menschen tatsächlich ein Problem darstellen, die Initiative jedoch masslos über das Ziel hinausschiesst, hat das Parlament einen Gegenvorschlag verabschiedet, der einen gezielten Ausbau bei den Prämienverbilli-

«Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen.»

gungen vorsieht, bezahlbar ist und den Föderalismus wahrt. Der politische Fokus für die nächsten Jahre muss aber klar sein: Anstelle von Symptombekämpfung sind Reformen innerhalb des Gesundheitssystems gefragt. Wir müssen die Kosten und somit die Prämien mit konkreten und realisierbaren Reformen in den Griff bekommen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die von der Bevölkerung geschätzte Qualität erhalten bleibt.



Josef Dittli, Ständerat UR und Mitglied der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)



Symbolbild: Adobe Stock

FDP

Die Liberalen

2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

Felix Gutzwiller erklärt warum

Am 9. Juni

2x NEIN
zur Kostenbremse-
und Prämien-Initiative

Zum
Video



Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen



Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.



Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.



Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Tessiner Kantonswappen am Kantonsparlament Palazzo delle Orsolino in Bellinzona. Bild: Adobe Stock



Trotz neuer Konkurrenz

FDP behält Oberhand

Die FDP im Tessin geht erhobenen Hauptes aus den Gemeindewahlen hervor. Die Gemeindewahlen 2024 im Tessin haben den ausgezeichneten Gesundheitszustand der FDP im Gebiet deutlich gemacht. Trotz des Aufkommens von Bürgerlisten und des Erscheinens neuer kleinerer politischer Kräfte überall hat sich die Partei als die massgebliche Kraft in der lokalen Politik des Kantons sowohl in den Exekutiven als auch in den Legislativen deutlich bestätigt.

In Bezug auf die Gemeinden konnte die FDP ihre bereits wichtige Präsenz weiter ausbauen, indem sie die Anzahl der Vertreter in den Exekutiven um vier erhöhte und einige Herausforderungen in den

Städten gewann, wie zum Beispiel in Locarno, wo der Grossrat Nicola Pini erfolgreich zum Bürgermeister gewählt wurde. Mit über 175 Gewählten in den Gemeinden behält die FDP fest die Führung der Tessiner Gemeinden. «Für uns war die entscheidende Kennzahl diejenige der Gemeinden und Bürgermeister, denn dort spürt man das grösste Gewicht der Gemeindeverwaltung. In diesem Sinne waren wir angenehm überrascht, wenn man bedenkt, dass wir viele offene Herausforderungen und eine beträchtliche Erneuerung hatten», betonte der kantonale Präsident Alessandro Speziali. Als Zeugnis für das positive Ergebnis dieser Wahl hat die FDP die absolute Mehrheit in einer wichtigen Gemeinde wie Ascona erlangt, die Position des Bürgermeisters in wichtigen Zentren wie Locarno,

Mendrisio, Chiasso und Biasca behalten und die Mehrheit in Bellinzona bestätigt.

Auch in Bezug auf die Wahl in die Gemeinderäte ist das Wahlergebnis der FDP positiv. Als Partei, die in vielen Gemeinden grosse Mehrheiten aufweist, hat das Aufkommen vieler kleinerer Listen das Ergebnis beeinflusst, aber die flächendeckende Präsenz der FDP im Tessin nicht beeinträchtigt. «Wir haben ein wenig unter dem Aufkommen dieser alternativen Listen gelitten, die einen Teil unserer Zustimmung erodiert haben, aber wir hatten es bereits eingeplant, weil es systemisch ist», kommentierte Alessandro Speziali weiter.



Wahlplakat des PLR Ticino, 2023.



Massimo Schira, Geschäftsführer und Kommunikationsverantwortlicher PLR Ticino

KI-generiertes Bild des Twittervogels.



Bei den Demonstrationen im Iran im Jahr 2009 entdeckte ich, dass Twitter ein äusserst mächtiges Instrument sein kann, um Informationen direkt vor Ort und aus erster Hand zu erhalten. Zu dieser Zeit nutzten wir soziale Medien, um uns auszutauschen, qualitativ hochwertige Informationen zu finden und unser Wissen in verschiedenen Bereichen zu erweitern. Doch während es viele Jahre lang gut lief, wurden diese Plattformen immer «toxischer».

Auch wenn diese Beobachtung für die meisten sozialen Medien gilt (wer erinnert sich noch daran, dass Facebook ein Ort des Austauschs und Teilens war?), ist das Beispiel von Twitter besonders aussagekräftig. Im Jahr 2007 gestartet, wurde es im Laufe der Jahre zur führenden Plattform für institutionelle Kommunikation.

Sprachrohr der Institutionen

Jeder Staat, jede Partei, jeder gewählte Beamte musste dort vertreten sein, damit seine Stimme bemerkt und gehört wurde. Die Medien taten dasselbe. Mit dem Überprüfungssystem (früher bekannt als das blaue Häkchen neben dem Kontonamen) bevorzugte der Algorithmus diese offiziellen Informationen. Daher hatte nicht jeder Tweet den gleichen Wert, und das aus gutem Grund: Nicht alle Informa-

tionen sind gleich. Das war sinnvoll, denn mit der Zunahme von Informationen und Kommunikationen brauchte es eine Kennzeichnung für verifizierte und seriöse Informationen.

Chaos der Informationen

Allmählich begann das System jedoch zu haken. Zunächst drängte sich das breite Publikum in den Raum. Dies stellte kein Problem dar, da die Beiträge nicht dasselbe Gewicht hatten. Im Gegenteil, es ermöglichte einer breiteren Öffentlichkeit, direkt auf offizielle Quellen zuzugreifen. Doch dann kamen die ersten Probleme mit der Abschaffung des Überprüfungssystems (seitdem wieder eingeführt, entweder als kostenpflichtige (blaue oder goldene) oder institutionelle (graue) Form). Indem Twitter (X) der Öffentlichkeit die blaue Überprüfung «anbot»

(gegen Bezahlung), verursachten sie eine unüberschaubare Verwirrung und Chaos. Mit diesem Zahlungssystem «drängte» der Algorithmus nun die «zahlenden» Konten (blau oder gold) zu Lasten der offiziellen Konten. Das Ergebnis ist eine Timeline, die wie ein bunter Blumenstrauss aussieht, in dem offizielle Informationen neben Trolen existieren.

Zerstörung eines zentralen Instruments

Die Aktionen von Twitter und seines CEO Elon Musk hatten zur Folge, dass ein besonders wichtiges Werkzeug für die Welt der politischen Kommunikation «zerstört» wurde. Das Schlimme daran: ein bezahltes Modell wäre möglich gewesen, ohne die Tür zum aktuellen Chaos zu öffnen.



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Parteipräsident und Ständerat Thierry Burkart im Gespräch mit Ständerat Matthias Michel.
Bild: Parlamentsdienste, 3003 Bern



Die grosse Welt und die kleine Welt

Aktuelle Herausforderungen

An der Sommersession geht es um mehr Wohnungen, Migration und auch ein bisschen um Weltpolitik.

In der Schweiz muss mehr gebaut werden. Leider ist das vor allem in den Städten schwierig. Oft sind es Lärmschutzvorschriften, die neue Wohnungen verhindern. Und das, obwohl es Schallschutzfenster gibt und das Schlafzimmer nicht immer zur Strasse liegt.

Libérale Lösungen für mehr Wohnraum

Das soll sich ändern, denn mit dem Umweltschutzgesetz geht ein für die FDP wichtiges Projekt in die Differenzvereinbarung. Wenn alles gut geht, werden sich National- und Ständerat bereits in der Sommersession einigen. Mit der Vorlage sollen die lärmrechtlichen Kriterien für Baubewilligungen klar definiert werden, um Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird. Wichtig ist auch, dass im Gesetz festgehalten wird, dass die Massnahmen gegen Aussen- und Innenlärm «wirtschaftlich verhältnismässig» sein müssen. Dies entspricht den Forderungen in verschiedenen Kantonen. So soll nach dem Willen der FDP in Zürich bald

auf jedes Haus ein Stockwerk gesetzt werden können. Eine liberale Lösung für mehr Wohnraum.

Konkrete Lösungen für Sicherheitsprobleme

Die Sicherheitslage in den Asylzentren ist besorgniserregend und es darf nicht sein, dass Flüchtlinge die Konflikte ihrer Herkunftsländer in der Schweiz austragen. Um das System zu entlasten und die Schutzbedürftigen zu schützen, ist es zentral, dass Bundesrat Beat Jans endlich eine kohärente Rückführungsstrategie umsetzt. Sonst droht das Schweizer Asylwesen aus den Fugen zu geraten. Der Nationalrat wird in der Sommersession über drei Vorstösse der FDP entscheiden, die die Richtung vorgeben könnten. Die Motion Gössi verlangt, dass abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea in Drittstaaten zurückgeführt werden können. Die Motion von alt Ständerat Philippe Bauer verlangt, dass die Migrationspartnerschaften überdacht und auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet werden. Die Motion von Ständerat Andrea Caroni fordert Massnahmen gegen Ausländer in der Schweiz, die Gewalttaten begehen, um das Regime zu verteidigen, vor dem

«Für die FDP ist es wichtig, dass die innere Verdichtung im Siedlungsgebiet unter Berücksichtigung des Lärmschutzes ermöglicht wird.»

sie angeblich geflohen sind. Es ist höchste Zeit, dass die anderen Parteien diese Vorschläge unterstützen, um konkrete Lösungen für die Sicherheitsprobleme in den betroffenen Regionen zu finden und die gesellschaftliche Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem zu erhalten.

Gute Dienste anbieten

Unmittelbar im Anschluss an die Session werden sich hochrangige Politiker aus aller Welt auf dem Bürgerstock zu einer Friedenskonferenz treffen. Die Konferenz soll eine Plattform für einen hochrangigen Dialog über Wege zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine auf der Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Charta bieten. Dieses internationale Grossereignis wird auch Thema der Session sein. Die Schweiz kann sich hier von ihrer besten Seite zeigen und ihre guten Dienste anbieten.



Christian Steiner, Fraktionssekretär FDP. Die Liberalen und wissenschaftlicher Mitarbeiter UREK, GPK, IK und LPK

Die FDP Frauen vs Die Mitte

Der grosse Kampf um eine gerechte Besteuerung!

Am 7. September 2022 wurde die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz lancierte Initiative für die Individualbesteuerung («IIB») und somit für eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingereicht. Die Individualbesteuerung würde mitunter zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe führen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat bereits einen indirekten Gegenvorschlag zur IIB ausgearbeitet. Die IIB und der indirekte Gegenvorschlag werden derzeit in den nationalen Räten beraten.



Die Mitte

BLAH BLAH BLAH

Jetzt doppelt aber die Mitte mit einer eigenen Initiative zur Abschaffung der steuerlichen Heiratsstrafe nach.

Bei ihrem Vorgehen werden verheiratete Paare weiter bevorzugt und Konkubinatspaare und Patchworkfamilien hätten das Nachsehen.

OOOPS!

Ein Beispiel...
Josy und Paul leben im Einverdienermodell. Sie arbeitet, er schaut zuhause nach dem Rechten.

Josy verdient CHF 150'000. Beim Splittingmodell der Mitte würde für den anwendbaren Steuertarif die Hälfte des Einkommens berücksichtigt werden.

BOSS!

Ist sie verheiratet, versteuert sie ihr Einkommen für die Bundessteuer zu 0.5%.
Unverheiratet wären es 3.4%.

HUH?!
OOOPS!
WHAT?

Die Heirat macht also einen Unterschied von ca. CHF 5'000 bei der Bundessteuer.



Jetzt die Individualbesteuerung unterstützen!

Werde Teil unseres Unterstützungskomitees!

Mehr Informationen unter www.fdp-frauen.ch oder www.individualbesteuerung.ch
 Autorinnen: Florence Pärli und Flavia Aebli



Warum bist du in der FDP?

Wir haben nachgefragt

Neun Mitglieder der FDP erzählen, warum sie sich für die FDP entschieden, und teilen persönliche Überzeugungen, welche sie auf diesen politischen Weg führten.



Julia Cotti, Neokantonsrätin Schwyz

«Bereits als Jugendliche realisierte ich als Teilnehmerin an der eidgenössischen Jugendsession, dass die zunehmende Polarisierung die Schweiz nicht weiterbringt. Ich entschied mich folglich wegen dieses prägenden Ereignisses und auch wegen der Werte – Freiheit, Gemeininn und Fortschritt – für die FDP und trat mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen bei.»



Rafaela Hug, Gemeinderätin von Glarus Süd

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil sie sich konsequent für die Freiheit und Eigenverantwortung einsetzt. Hierbei handelt es sich um politische Grundsätze, die in der heutigen Zeit besonders wichtig sind. Des Weiteren überzeugte mich schon früh, dass sich die FDP für eine offene und liberale Gesellschaft einsetzt, in der jeder sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann.»



Roman Schöll, International Officer der Jungfreisinnigen Schweiz

«Ich habe mich für die FDP entschieden, weil hier Leistung nicht nur geschätzt, sondern auch aktiv gefördert wird. Nationale und internationale Begegnungen auf Augenhöhe für die gemeinsamen Ziele und Werte runden die Arbeit ab.»



Anna-Sophia Spieler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

«Mir ist eine lösungsorientierte Konsenspolitik besonders wichtig. Dabei sollte jede Person die Freiheit haben, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund bin ich Mitglied im FDP-Team geworden.»



Georg Simmen, Landrat Kanton Uri

«Ich habe mich zu Beginn meiner politischen Karriere für die FDP entschieden, weil ich von den Prinzipien des Liberalismus überzeugt bin. Ich schätze an dieser Partei die offene Diskussionskultur und den Fokus auf pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.»



Daniel Gruber, Kantonalpräsident Zug

«Ich engagiere mich als neuer Zuger Kantonalpräsident für den freisinnig geprägten Liberalismus, der auf dem Leistungsprinzip beruht! Mit offenem Visier, klaren Worten und persönlichem Beispiel stehe ich ein gegen die Kontrollwut des Staates sowie die zunehmende Gleichgültigkeit der Individuen. Denn: Versiegt der Quell der bürgerlichen Tugend, findet man nur noch Untertanen, aber keine Bürger mehr!»



Sarah Fuchs, Kantonsrätin im Bezirk Meilen

«Die FDP ist die einzige Partei, die sich für liberale, kinder- und enkeltaugliche Lösungen einsetzt. Sie steht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und marktwirtschaftliche Massnahmen in der Energie- und Klimapolitik ein. Ich bin überzeugt, dass die Weichen für eine liberale Zukunft heute gestellt werden müssen. Mit meinem politischen Engagement als Kantonsrätin leiste ich meinen Beitrag dazu und will Antrieb für andere sein, sich ebenfalls für die Gesellschaft zu engagieren.»



**Muriel Frei, Vorstandsmitglied,
Kommunikationsverantwortliche
Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden**

«Vor sechs Jahren stand ich mit der Wahl in den Gemeinderat vor der Entscheidung, welcher Partei ich beitreten möchte. Für mich war klar: Die FDP vertritt ein liberales Gedankengut, das meine persönliche Einstellung widerspiegelt. Ausserdem setzt sich das FDP-Team für eine nachhaltige Politik ein, die nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Begrenzung der Schuldenlast im Fokus hat und unser einzigartiges Bildungs- und Innovationssystem fördert.»



Thomas Leu, Vorstandsmitglied der FDP Bäretswil

«Als Ökonom bin ich daran gewöhnt, all die tollen Vorschläge aus der Politik zu Ende zu denken. Dabei stellt sich oft heraus, dass gut gemeinte Ansätze das Gegenteil von dem bewirken können, was die ursprüngliche Absicht dahinter war. In der FDP fühle ich mich nicht in einer Ideologie gefangen, sondern darf die Themen offen diskutieren und um Lösungen ringen. Die Effizienz des Marktes mit einem klar ordnenden Staat, der faire Spielregeln setzt, ist für mich das Erfolgsmodell der Schweiz. Die liberalen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind nötiger denn je und dienen als Kompass für die Entscheidungsfindung.»



Bild: Michel Lüthi/bilderwerft.ch

Podium mit Beat Habegger und Raphaël Karlen zusammen mit freisinnigen Stadtvertretern anlässlich des FDP Urban Forums 2023 in Zürich. Bild: FDP Urban



Die Städte als «Zünglein an der Waage»

Libérale Perspektiven für die urbane Politik

In den Städten werden viele politische Weichen gestellt. Und auch der Wahlerfolg auf kantonaler und nationaler Ebene hängt oft von der Stärke in den Städten ab. Deshalb haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz 2018 zu FDP Urban zusammengeschlossen. Seither konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnungsbau, Mobilität und Smart-City realisiert werden. Jüngstes Beispiel ist die Petition «Einen Stock höher bauen».

FDP Urban ist eine Initiative der FDP-Stadtparteien der grösseren Schweizer Städte mit dem Ziel, eine liberale Städtepolitik zu fördern. Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten. Zudem wollen wir die FDP-Stadtparteien untereinander vernetzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

«Die Städte sind oft «das Zünglein an der Waage» bei politischen Entscheidungen». Dies gilt nicht nur für die kommunale Ebene. Auch der Wahlerfolg in den Kantonen und im Bund hängt oft von der Stärke in den Städten ab.

Städte als liberale Hochburgen

Für uns ist klar: Wir müssen eine liberale Städtepolitik fördern und die Städte zu Hochburgen der Freisinnigen machen. Wenn wir die Städte den Linken überlassen, wirkt sich dies längerfristig auch auf die kantonale Politik aus. Oder anders gesagt: Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit freisinnige Stadtpolitik gelingt.

«Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

Nebst einer Resolution zur Mobilität in den Städten legte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz im Oktober 2023 einen 6-Punkte-Plan mit dem Titel «Mehr Wohnungen, weniger Vorschriften»

gegen die Wohnungsknappheit vor. Denn in den Städten gibt es viel zu wenige Wohnungen. Das Angebot kann nicht mit der starken Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum Schritt halten. Um die Lebensqualität in den Städten zu sichern, sind gleichzeitig bestehende Grünräume zu schützen. Deshalb muss die Verdichtung in die Höhe und nicht nur in die Breite gehen, zumal es in den Städten keine «grünen Wiesen» mehr gibt, die sich für grosse Überbauungen eignen.

Stockwerkerhöhung als Lösungsansatz

In der Stadt Genf gilt schon seit 2008, dass Wohngebäude in gewissen Zonen um ein oder zwei



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban

«Unsere Vision ist es, liberale und praxisorientierte Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen in den Schweizer Städten zu erarbeiten.»



FDP Urban Forum Bern 2020. Bild: FDP Urban



Christian Wasserfallen, Simone De Montmollin und Raphaël Karlen bei der Präsentation der Petition «Einen Stock höher». Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Stockwerke erhöht werden können. Von den dort gesammelten positiven Erfahrungen sollen nun auch andere Schweizer Städte profitieren. So hat zum Beispiel die FDP Stadt Zürich jüngst eine Volksinitiative lanciert. Und auch weitere Städte, darunter auch die Stadt Bern, planen entsprechende Vorstösse und Initiativen für eine liberale Wohnraumentwicklung.

Im April 2024 entwickelte FDP Urban zusammen mit der FDP Schweiz die Petition «Einen Stock höher», welche mit der Genfer Nationalrätin Simone De Montmollin und dem Berner Nationalrat Christian Wasserfallen den Medien vorgestellt wurde. Die breite mediale Berichterstattung zeigt, dass wir mit «Einem Stock höher» einen Lösungsansatz für ein drängendes Thema vorgeschlagen haben.

Stärkung des Netzwerkes

Dies bestärkt uns in der Weiterentwicklung von FDP Urban. Wir wollen vermehrt mit der FDP Schweiz zusammenarbeiten und das Netzwerk unter den Städten ausbauen. Und wir organisieren

auch dieses Jahr Veranstaltungen, wie etwa das FDP Urban Forum, das dieses Jahr im Mai zum Thema «Drogen und illegale Substanzen: Herausforderungen und Antworten» stattfand.



Beat Habegger & Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Mehr zur Wohnungspolitik der FDP:
www.fdp.ch/wohnung

Die Petition «Einen Stock höher» unterschreiben:
www.einen-stock-hoeher.ch

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiativen, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben sich die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz zu FDP Urban zusammengeschlossen. Mitwirkung ist für alle interessierten FDP-Stadtparteien möglich.

Wir freuen uns auf neue Mitglieder und viele kluge Köpfe.

www.fdp-urban.ch

Symbolbild: Adobe Stock



Rahmenbedingungen für innovative KMU

Interview mit Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger, Nationalrätin für den Kanton Baselland und Vizepräsidentin der FDP.Die Liberalen-Fraktion sowie Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv), spricht über die aktuellen Herausforderungen und Chancen für die Schweizer KMU.

Wie steht es um die KMU in der Schweiz?

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erhalten die Schweizer Wirtschaft am Leben und sind ein entscheidender Faktor für unseren Wohlstand. Sie bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die rund 550 000 KMU mit 1 bis 250 Beschäftigten geben über 3 Millionen Menschen Arbeit – also mehr als zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten bilden die KMU einen unverzichtbaren Puffer. Dank ihrer Innovationskraft und Flexibilität konnte unser Land bereits verschiedene Krisen meistern.



Daniela Schneeberger im Gespräch mit Beat Walti und Karin Keller-Sutter. Bild: FDP Schweiz, Jannik Kaiser

Welche Herausforderungen müssen Schweizer KMU aktuell meistern?

Die grösste Herausforderung ist nach wie vor eine zunehmende überbordende Regulierung. Die administrative Belastung unserer Betriebe ist viel zu gross und verursacht jährliche Kosten von rund 70 Milliarden Franken, was rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Ein Dauerthema für KMU ist die Berufsbildung. Diese muss gegenüber der akademischen Bildung weiter gestärkt werden. Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen für KMU weitere, nicht unwesentliche Herausforderungen dar.

Wie kann sich die FDP.Die Liberalen für die KMU einsetzen?

Die FDP kämpft für eine Entlastung unserer Unternehmen. So setzen wir uns beispielsweise für eine einfachere Lohnadministration und die Liberalisierung der Arbeitsvorschriften ein. Ich meine, wir sollten auch den Mut haben praxisfremde und administrativ aufwendige Gesetze zu eliminieren. Derzeit aktuelle Themen sind Sammelklagen, die zu Ungunsten der Unternehmen eingereicht werden, oder die drohende Übernahme des EU-Gewährleistungsrechts.

«Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.»

Welche Anliegen der KMU konnten Sie bereits im Parlament erfolgreich durchsetzen?

Die Modernisierung des Arbeitsrechts an die heutigen und absehbaren Realitäten ist im Gang. Beispiele sind, dass Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein sollen oder generell mehr Gestaltungsfreiheit bei der Arbeit im Homeoffice. Beides sind Vorstösse aus der FDP-Fraktion. Das Zollverfahren wurde modernisiert und die Industriezölle wurden abgeschafft.

Wie gross ist die Problematik des Fachkräftemangels, wie kann man dem entgegenwirken?

Es wird zunehmend schwieriger, Ingenieure, Informatiker und Fachleute im Gesundheitswesen und in der Gastronomie zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir die entsprechenden Bildungswege in unserem Land fördern. Unser duales Berufsbildungssystem bietet hier gute Chancen. Der Weg der dualen Berufsbildung ist zu stärken, und zwar auch auf dem Weiterbildungsweg.

Welche Rahmenbedingungen braucht es für KMU, damit sie innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen?

Es braucht einen unkomplizierten Zugang zu Investitionskapital, eine moderne Infrastruktur, hervorragend ausgebildete Fachkräfte und interessante steuerliche Rahmenbedingungen. Und auch hier muss der Grundsatz gelten: Gestalten statt verwalten. Innovation kann nur im Umfeld eines kreativen, möglichst freien Unternehmertums entstehen.



Severin Thoma, Praktikant im Generalsekretariat

Bild: FDP Solothurn



Engagement gegen Bürokratie-Ausbau

Die 1:85 Initiative im Rückblick

Im März 2024 entschied das Solothurner Stimmvolk über die «1:85-Initiative» der Freisinnigen. Damit hätte der Ausbau der Stellen beim Kanton an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden sollen. Auch wenn das Anliegen mit 55% Nein-Stimmen abgelehnt wurde, konnte die FDP weit über ihren Wähleranteil von 25% punkten.

Sabrina: Während der Corona-Epidemie wurden in unserer Verwaltung viele neue Stellen geschaffen. So kamen wir auf die Idee, hier genauer hinzuschauen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

Stefan: Wir schauten die Zeitachse an und stellten fest, dass die Stellen beim Staat in den letzten zehn Jahren doppelt so rasch gewachsen waren wie die Bevölkerung. Eine Korrelation zwischen Bevölkerung und staatlichen Stellen herzustellen, fanden wir plausibel, gibt es da doch klare Abhängigkeiten. So kamen wir auf 1:85.



Einreichung der Volksinitiative vor dem Solothurner Rathaus. Bild: FDP Solothurn

Sabrina: Auf 85 Einwohnende kam eine Stelle. In der Zwischenzeit, vier Jahre später, ist es leider schon eine Staatsstelle auf 82 Einwohner. Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.

Stefan: Wir wollten mit unserer Initiative gegen die Bürokratie vorgehen. Dass die Administration immer stets wächst, ist kein Naturgesetz.

Sabrina: Bereits in der Kantonsratsdebatte zeichnete sich ab, dass Mitte-Links wie auch der bürgerliche Regierungsrat dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden. Eine Mehrheit des Parlaments und des Regierungsrats zog es vor, ohne Schranken «weiterzuwursteln» – die Aufweichung der Schuldenbremse lässt grüssen – und den Staatsapparat aufzublähen. Im Abstimmungskampf setzen wir bewusst auf ein etwas polarisierendes Sujet unter dem Motto «Rennpferd statt Amtsschimmel». Dies brachte uns Kritik, aber auch viel Zustimmung ein.

Stefan: Unsere Gegner operierten vor allem mit Angst und einem drohenden Abbau von Leistungen und 140 Stellen. Dies, obwohl in den kommenden

«Der Staat und damit die Bürokratie werden fleissig aufgebaut trotz strukturellem Defizit in der Kantonskasse.»

Jahren über 500 Staatsangestellte in den Ruhestand gehen. Vor allem bei den Staatsangestellten verdingt dieses Angstargument.

Sabrina: Rückblickend versuchten wir wohl etwas zu wenig, den Dialog mit den Staatsangestellten und der politischen Mitte zu suchen und unser Anliegen vorab zu erklären.

Stefan: Wir bleiben am Thema dran. Auch wenn in der Solothurner Kantonsverwaltung an vielen Stellen sehr gut gearbeitet wird, ist die Tendenz beunruhigend. Denn kurze Wege und eine bürgernahe Verwaltung sind einer der grossen Vorteile unseres Kantons. Das wollen wir aufrechterhalten, unserem Staat Sorge tragen und staatliche Begehrlichkeiten bekämpfen. Nur Bürgerinnen und Bürger, die auch über Gestaltungsraum verfügen, können ihre Verantwortung und Freiheit wahrnehmen.



Sabrina Weisskopf-Kronenberg, Kantonsrätin und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen SO



Stefan Nünlist, Kantonsrat und Kantonalpräsident FDP.Die Liberalen SO

Thierry Burkart im Interview. Bild: FDP Schweiz



«Ich bin nicht bereit, unsere Seele für kurzfristige Gewinne zu opfern.»

Thierry Burkart im Interview

«Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land.»

Der FDP-Präsident Thierry Burkart will die Bundesfinanzen wieder gesundsparen, koste es ihn politisch, was es wolle.

Herr Burkart, im Parlament wird versucht, höhere Ausgaben für die Armee und für den Wiederaufbau der Ukraine an der Schuldenbremse vorbeizuschleusen. Bis jetzt sind keine FDP-Parlamentarier in diesen Kuhhandel verwickelt. Das muss Sie beruhigen. Die Position der FDP ist klar. Wir wollen dem Verfassungsauftrag gerecht werden und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz stärken – deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Armee ab 2030 ein Prozent des Bruttoinlandprodukts erhält. Aber auch die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein Verfassungsauftrag ...

... der für die Mitte-Partei offensichtlich nicht mehr zählt. Die beteiligten Mitte-Parlamentarierinnen erweisen sich als Steigbügelhalterinnen von Cédric Wermuth. Die Linke will mit einer als «Paket» getarnten 15-Milliarden-Verschuldung die Schuldenbremse demolieren, Sparleistungen verhindern und erst noch die Hilfe für die Ukraine zusätzlich zu den Geldern für die Entwicklungshilfe finanzieren. Wir werden beides bekämpfen. Mit neuen Schulden löst man keine Probleme.

Die «Aargauer Zeitung» hat sinngemäss geschrieben, die FDP unter Ihnen sei die einzige Partei auf der ganzen Welt, die sich noch fürs Sparen statt fürs Geldausgeben ausspreche. Wer in der Politik spart, macht sich unbeliebt. Das sind keine guten Voraussetzungen, um verlorene Stimmen zurückzugewinnen.

Ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt, dass der sorgfältige Umgang mit Finanzen entscheidend ist für den Wohlstand in diesem Land. Nur weil diese zentralen Werte vergessen werden, heisst das nicht, dass sie nicht mehr richtig sind. Ich bin nicht bereit, unsere Seele für Klientelpolitik und für kurzfristige Gewinne zu opfern und damit die Zukunft unseres Landes zu gefährden.

Die 13. AHV-Rente kostet 4 bis 5 Milliarden jährlich. Ihre Partei sagt kategorisch Nein zum Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die SP wirft Ihnen offene Verachtung des Volkswillens vor.

Die Aufregung der SP ist gekünstelt. Es steht ausser Frage, dass die 13. AHV-Rente ab 2026 aus-

bezahlt wird. Die Gegenfinanzierung hat die Initiative aber offengelassen, und sie muss daher politisch ausdiskutiert werden. Auch hier gilt dasselbe wie bei der Armee: Wir sind nicht bereit, jetzt einfach über zusätzliche Steuern und Abgaben auf Kosten des werktätigen Mittelstandes zu reden, bevor man nicht ernsthaft prüft, wo man sparen kann. Wir unterstützen den Bundesrat darin, eine strukturelle Reform der AHV vorzubereiten. Es braucht eine umfassende Auslegeordnung zur AHV und keinen Schnellschuss. Die zuständige Nationalratskommission teilt diese Haltung. Die 13. AHV-Rente wird ab 2026 ausbezahlt, die AHV rutscht ohne Zusatzfinanzierung ruckzuck ins Minus. Wir können die zusätzlichen Ausgaben während einer beschränkten Zeit zulasten des AHV-Fonds finanzieren. Diese Zeit müssen wir uns nehmen, damit wir eine verantwortbare und ehrliche Dauerlösung zimmern können. Wir müssen die AHV gesamthaft ansehen und erst dann Entscheide fällen.

Gekürzte Version des in der NZZ erschienenen Interviews vom 6. Mai 2024

KOLUMNE

Wir brauchen nachhaltige Reformen!

Beim Zustandekommen der 13. AHV spielten die Medien eine grosse Rolle. Es war schwierig, einer Stimmbevölkerung die finanziellen Konsequenzen einer 13. AHV-Rente zu verdeutlichen, deren Meinung im Laufe der Wochen durch eindringliche und berührende Medienberichte geprägt worden war. Die Ausgangssituation wurde teilweise korrekt dargestellt, aber nicht die Lösung, und vor allem nicht die Konsequenzen der als ideal angepriesenen Lösung.

Die Reform der zweiten Säule dagegen ist eine echte Verbesserung. Denn sie ist eine Lösung mit einem nachhaltigen Finanzierungsvorschlag. Sie reduziert den Beitragssatz um zwei Prozent und verringert somit die Belastung für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Zudem ermöglicht sie Menschen, die mehrere Jobs oder ein bescheidenes Einkommen haben, Zugang zur zweiten Säule. Diese Reform verbessert die



Altersvorsorge für über hunderttausend Menschen und verringert, durch die Reduzierung des

Umwandlungssatzes, die Umverteilung von etwa sechs Milliarden Schweizer Franken zwischen den Generationen.

Einige werden sagen, dass diese Lösung nicht ideal ist. Ich möchte aber nicht zulassen, dass eine weitere Generation ohne zweite Säule in Rente gehen wird. Eine zusätzliche Rente jeden Monat aus der zweiten Säule verändert den Alltag viel mehr als eine 13. Rente am Ende des Jahres. Es ist keine Idealvorstellung, es ist eine Verbesserung und eine notwendige Verbesserung.

Obwohl griffige Slogans bei komplexen Themen oft einfacher sind, erfordert echte Verbesserung grundlegende Reformen. Ich werde mich für eine nachhaltige Reform der zweiten Säule einsetzen. Hoffentlich mit Ihrer Unterstützung!

Johanna Gapany, Ständerätin FR und Vizepräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Verpasse nie wieder spannende Updates!

Jetzt dem WhatsApp-Kanal der FDP Schweiz beitreten



Parolenspiegel

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Prämien-Initiative



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Impfpflicht-Initiative



JA

Stromgesetz (Mantelerlass)